

Auch der US-Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer gibt in einem Artikel für das Journal "Foreign Affairs" des einflussreichen US-Thinktanks Council on Foreign Relations dem Westen die Schuld an der Ukraine-Krise.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 184/14 – 21.11.14**

Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist (Die liberalen Fehleinschätzungen, die Putin provozierten)

Von John J. Mearsheimer

Foreign Affairs, Ausgabe September/ Oktober

(<http://www.foreignaffairs.com/articles/141769/john-j-mearsheimer/why-the-ukraine-crisis-is-the-west-s-fault>)

Die leicht gekürzte deutsche Übersetzung wurde (mit einer oben in Klammern eingefügten Ergänzung) unverändert entnommen aus IPG / Internationale Politik und Gesellschaft, und ist unter <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/> nachzulesen.

Im Westen gilt es als gesicherte Erkenntnis, dass an der Ukraine-Krise maßgeblich die aggressive Haltung der Russen schuld ist. Der russische Präsident Wladimir Putin, so die gängige Argumentation, hat die Krim annektiert, weil er schon lange eine Wiederbelebung des Sowjetreichs im Sinn hatte, und wird womöglich auch den Rest der Ukraine und andere Länder Osteuropas ins Visier nehmen. Die Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014 habe Putin lediglich den Vorwand dafür geliefert, russische Streitkräfte auf die Krim zu entsenden.

Doch diese Darstellung ist falsch: Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflussphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangen Revolution 2004. Seit Mitte der 1990er Jahre lehnen russische Staatschefs eine NATO-Osterweiterung entschieden ab, und in den vergangenen Jahren haben sie unmissverständlich klargemacht, dass sie einer Umwandlung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in eine Bastion des Westens nicht untätig zusehen würden. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine; Putin sprach zu Recht von einem »Staatsstreich«. Als Reaktion darauf annektierte er die Halbinsel Krim, auf der, wie er befürchtete, die Einrichtung einer NATO-Marinebasis geplant war, und betrieb die Destabilisierung der Ukraine, um sie von einer Annäherung an den Westen abzubringen.

Putins Gegenwehr kam eigentlich alles andere als überraschend. Immerhin war der Westen, wie Putin nicht müde wurde zu betonen, in den Hinterhof Russlands vorgedrungen und hatte dessen strategische Kerninteressen bedroht. Die politischen Eliten der USA und Europas trafen die Ereignisse nur deshalb unvorbereitet, weil sie der Logik des Realismus im 21. Jahrhundert kaum noch Bedeutung zumessen und davon ausgehen, dass sich die Einheit und Freiheit Europas mittels liberaler Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, ökonomischer Interdependenz und Demokratie gewährleisten lassen.

Doch dieses Konzept ging in der Ukraine nicht auf. Die dortige Krise belegt, dass die Realpolitik durchaus noch relevant ist – und Staaten, die dies übersehen, es auf eigene Gefahr tun. Der Versuch US-amerikanischer und europäischer Politiker, die Ukraine in einen

Stützpunkt des Westens direkt an der russischen Grenze zu verwandeln, ist gründlich misslungen. Nun, da die Konsequenzen unübersehbar sind, wäre es ein noch größerer Fehler, diese verhunzte Politik fortzusetzen.

Der Affront durch den Westen

Nach dem Ende des Kalten Krieges waren der sowjetischen Staatsführung ein Verbleiben der US-Streitkräfte in Europa und ein Fortbestand der NATO nur recht, weil sie in ihren Augen den Frieden mit einem wiedervereinigten Deutschland sicherten. Doch ein Wachsen der NATO wollten weder die Sowjets noch ihre russischen Nachfolger, und man ging davon aus, dass westliche Diplomaten das nachvollziehen konnten. Die Regierung Clinton sah das offenkundig anders und forcierte ab Mitte der 1990er Jahre die NATO-Osterweiterung.

In der ersten Erweiterungsrunde wurden 1999 die Tschechische Republik, Ungarn und Polen integriert. In der zweiten folgten 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Die Russen protestierten von Anfang an aufs Schärfste, waren damals jedoch zu schwach, um die NATO-Osterweiterung zu verhindern – die ohnehin nicht sonderlich bedrohlich wirkte, da abgesehen von den winzigen baltischen Staaten keins der neuen Mitgliedsländer an Russland grenzte.

Dann wanderte der Blick der NATO weiter nach Osten. Auf dem Gipfel 2008 in Bukarest beriet sie über eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine. Die Regierung George W. Bush unterstützte das Vorhaben, Frankreich und Deutschland aber waren dagegen, weil sie fürchteten, Russland gegen sich aufzubringen. Am Ende einigten sich die NATO-Mitgliedsstaaten auf einen Kompromiss: Das Bündnis leitete keine formale Aufnahme-prozedur ein, sondern gab lediglich eine Erklärung ab, in der es die Bestrebungen Georgiens und der Ukraine begrüßte und rundheraus erklärte: „Diese Länder werden der NATO beitreten.“

Einer russischen Zeitung zufolge ließ Putin in einem Gespräch mit Bush durchblicken, „dass die Ukraine, sollte sie in die NATO aufgenommen werden, aufhören werde zu bestehen“.

Für Moskau war dieses Ergebnis alles andere als ein Kompromiss. Putin ließ wissen, die Aufnahme dieser beiden Länder in die NATO stelle für Russland eine „unmittelbare Bedrohung“ dar. Einer russischen Zeitung zufolge ließ Putin in einem Gespräch mit Bush durchblicken, „dass die Ukraine, sollte sie in die NATO aufgenommen werden, aufhören werde zu bestehen“.

Die russische Invasion Georgiens im August 2008 hätte jeden Zweifel an Putins Entschlossenheit, Georgien und die Ukraine am NATO-Beitritt zu hindern, ausräumen müssen. Doch ungeachtet dieser unmissverständlichen Warnung ließ die NATO nie offiziell von ihrem Ziel ab, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Und im Jahr 2009 schritt die NATO-Osterweiterung mit der Aufnahme Albaniens und Kroatiens fort.

Auch die EU marschiert gen Osten. Im Mai 2008 beschloss sie ihre Initiative „Östliche Partnerschaft“, die in Ländern wie der Ukraine den Wohlstand fördern und sie in den EU-Wirtschaftsraum integrieren sollte. Wenig überraschend sieht die russische Staatsführung in dem Plan eine Bedrohung ihrer nationalen Interessen. Im vergangenen Februar, ehe Janukowitsch aus dem Amt gedrängt wurde, warf der russische Außenminister Sergej Lawrow der EU vor, sie versuche, eine „Einflusssphäre“ in Osteuropa zu schaffen.

Ein weiteres Instrument des Westens zur Ablösung Kiews von Moskau ist schließlich das Lancieren westlicher Werte und die Förderung der Demokratie in der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten, häufig über die Finanzierung pro-westlicher Personen und Organisationen. Angesichts der Anstrengungen des Westens, gesellschaftliche Strukturen in der Ukraine zu beeinflussen, befürchtet die russische Staatsführung, ihr Land könnte als Nächstes dran sein. Und solche Befürchtungen sind durchaus nicht unbegründet. So schrieb der Präsident der US-Stiftung National Endowment for Democracy Carl Gershman im September 2013 in der Washington Post: „Die Annäherung der Ukraine an Europa wird den Niedergang der von Putin repräsentierten Ideologie des russischen Imperialismus beschleunigen.“ Und er fügte hinzu: „Auch die Russen stehen vor einer Entscheidung, und Putin findet sich womöglich auf der Verliererstraße wieder, nicht nur im nahen Ausland, sondern auch in Russland selbst.“

Die Herbeiführung einer Krise

Der Dreierpack politischer Maßnahmen des Westens – NATO-Osterweiterung, EU-Osterweiterung und Förderung der Demokratie – war die Nahrung für ein Feuer, das nur noch entzündet werden musste. Der Funke kam im November 2013, als Janukowitsch einem wichtigen Wirtschaftsabkommen, das er mit der EU verhandelt hatte, eine Absage erteilte und stattdessen ein Gegenangebot der Russen über 15 Milliarden Dollar annahm. Dieser Entscheidung folgten regierungsfeindliche Demonstrationen, in deren Verlauf bis Mitte Februar etwa hundert Demonstranten zu Tode kamen. Westliche Emissäre eilten nach Kiew, um die Krise zu lösen. Am 21. Februar unterzeichneten Regierung und Opposition eine Vereinbarung, nach der Janukowitsch bis zur Abhaltung von Neuwahlen im Amt bleiben sollte. Doch dieses Abkommen hatte keinen Bestand, und Janukowitsch floh schon tags darauf nach Russland. Die neue Regierung in Kiew war pro-westlich und anti-russisch bis ins Mark; vier ranghohe Mitglieder können durchaus legitim als Neofaschisten bezeichnet werden.

Die neue Regierung in Kiew war pro-westlich und anti-russisch bis ins Mark; vier ranghohe Mitglieder können durchaus legitim als Neofaschisten bezeichnet werden.

Die Rolle der USA ist zwar noch nicht in ihrer ganzen Tragweite bekannt, doch Washington hat den Staatsstreich offenkundig unterstützt. Victoria Nuland aus dem US-Außenministerium und der republikanische Senator John McCain nahmen an den regierungsfeindlichen Demonstrationen teil, und der US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt erklärte nach Janukowitschs Sturz, der Tag werde „in die Geschichtsbücher eingehen“. Wie einem öffentlich gemachten Telefonmitschnitt zu entnehmen ist, hatte Nuland einen Regimewechsel befürwortet und sich für den ukrainischen Politiker Arsenij Jazenjuk als Premierminister der neuen Regierung ausgesprochen, der es dann auch wurde. Kein Wunder, dass Russen aller politischen Couleurs glauben, der Westen habe bei Janukowitschs Amtsenthebung seine Finger im Spiel gehabt.

Für Putin war die Zeit gekommen, der Ukraine und dem Westen entgegenzutreten. Kurz nach dem 22. Februar befahl er den russischen Streitkräften, der Ukraine die Krim abzunehmen, die er bald darauf Russland einverleibte.

Als Nächstes setzte Putin die neue Regierung in Kiew massiv unter Druck, sich nicht im Schulterschluss mit dem Westen gegen Moskau zu stellen, und machte deutlich, dass er eher die Staatsstruktur der Ukraine zerstören würde, als tatenlos dabei zuzusehen, wie sie zu einem Bollwerk des Westens vor Russlands Haustür wurde. Zu diesem Zweck stellt er seither den russischen Separatisten in der Ostukraine Berater, Waffen und diplomatische Unterstützung zur Verfügung, damit sie das Land in einen Bürgerkrieg treiben. Er zog an

der ukrainischen Grenze eine große Arme zusammen und drohte mit einer Invasion, sollte die Regierung in Kiew gegen die Rebellen vorgehen. Zusätzlich hob er den Preis für die russischen Erdgaslieferungen an die Ukraine stark an und forderte die Zahlung bereits erfolgter Exporte. Putin kämpft mit harten Bandagen.

Diagnose russischer Politik

Putins Verhalten ist nicht schwer zu verstehen. Die Ukraine ist für Russland ein Pufferstaat mit enormer strategischer Bedeutung. Kein russischer Staatschef würde es hinnehmen, dass eine Militärallianz, die noch bis vor kurzem Moskaus Erzfeind war, in die Ukraine vorstößt. Auch würde kein russischer Staatschef untätig dabei zusehen, wie sich der Westen für die Einsetzung einer Regierung stark macht, die die Einbindung der Ukraine in den Westen betreibt.

Washington mag von der Position Moskaus nicht angetan sein, müsste aber die Logik dahinter begreifen. Das ist Geopolitik für Anfänger: Auf eine mögliche Bedrohung vor ihrer Haustür reagiert jede Großmacht empfindlich. Die Vereinigten Staaten würden es ja auch nicht hinnehmen, wenn ferne Großmächte ihre Streitkräfte in der westlichen Hemisphäre stationierten, geschweige denn an ihrer Grenze. Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen.

Vertreter der USA und ihrer europäischen Verbündeten behaupten, sie hätten alles versucht, den Russen ihre Ängste zu nehmen; Moskau müsse doch begreifen, dass die NATO es nicht auf Russland abgesehen habe. Die Allianz hat in ihren neuen Mitgliedsstaaten nie dauerhaft Streitkräfte stationiert. Im Jahr 2002 gründete sie sogar den sogenannten NATO-Russland-Rat, um die Kooperation zu verbessern. In dem Bemühen, Russland weiter zu besänftigen, verkündeten die USA 2009, dass sie zumindest vorerst das neue Raketenabwehrsystem nicht auf tschechischem oder polnischem Gebiet, sondern auf Kriegsschiffen in europäischen Gewässern installieren würden. Doch keine dieser Maßnahmen fruchtete: Die Russen lehnten die NATO-Osterweiterung, insbesondere nach Georgien und in die Ukraine, weiter kategorisch ab. Aber schließlich entscheiden die Russen, nicht die westlichen Staaten, was Russland als Bedrohung wertet.

Um zu verstehen, warum der Westen und insbesondere die USA nicht merkten, dass ihre Ukraine-Politik den Boden für eine größere Kollision mit Russland bereitete, muss man in die Mitte der 1990er Jahre zurückgehen, als sich die Regierung Clinton erstmals für eine NATO-Osterweiterung aussprach. Experten trugen alle möglichen Argumente für und wider eine Erweiterung vor, doch gelangte man zu keinem Konsens. So sprachen sich in den USA beispielsweise die meisten europäischen Emigranten und ihre Familien nachdrücklich für eine Osterweiterung aus, damit die NATO Länder wie Ungarn und Polen beschützen konnte. Auch einige Vertreter des Realismus befürworteten sie, weil sie eine Eindämmungspolitik gegenüber Russland noch für nötig hielten.

Die meisten Realismus-Vertreter lehnten jedoch eine Osterweiterung ab, weil eine im Niedergang begriffene Großmacht mit einer alternden Bevölkerung und einer eindimensionalen Wirtschaft ihrer Ansicht nach nicht mehr eingedämmt werden muss. Eine Osterweiterung, so fürchteten sie, könnte Moskau nur dazu verleiten, in Osteuropa Unruhe zu stiften.

Vertreter des Liberalismus, darunter viele hochrangige Mitglieder der Regierung Clinton, waren dagegen überwiegend für eine Erweiterung. Das Ende des Kalten Krieges hatte in ihren Augen die internationale Politik grundlegend verändert, und eine neue postnationale Ordnung hatte die in Europa bis dahin vorherrschende Logik des Realismus abgelöst. Die

USA waren nicht nur eine „unentbehrliche Nation“, wie Außenministerin Madeleine Albright es formulierte; sie waren, so hieß es, auch ein gütiger Hegemon, den man in Moskau eher nicht als Bedrohung wahrnahm. Das Ziel war im Wesentlichen eine Angleichung des gesamten Kontinents an Westeuropa.

Im Grunde agieren die beiden Seiten nach unterschiedlichen Skripten: Putin und seine Landsleute orientieren sich in ihrem Denken und Handeln an den Geboten des politischen Realismus, während ihre westlichen Gegenspieler den Ideen des Liberalismus zur internationalen Politik anhängen.

Daher förderten die USA und ihre Verbündeten nach Kräften die Demokratie in den osteuropäischen Ländern, eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung und eine Verankerung dieser Länder in internationalen Institutionen. Nachdem der Liberalismus in der US-Debatte den Sieg davongetragen hatte, konnten die Amerikaner ihre europäischen Verbündeten ohne größere Schwierigkeiten von einer Unterstützung der NATO-Osterweiterung überzeugen. Angesichts der Errungenschaften der EU hingen die Europäer ja noch stärker als die Amerikaner der Vorstellung an, Geopolitik spiele keine Rolle mehr und eine allumfassende liberale Ordnung könne den Frieden in Europa sichern.

Die liberale Weltsicht ist in der US-Politik heute ein anerkanntes Dogma. So sprach Präsident Barack Obama im März in einer Rede über die Ukraine wiederholt von den „Idealen“, die hinter der Politik des Westens stünden und die „schon oft von einem älteren, eher traditionellen Machtverständnis bedroht wurden“.

Im Grunde agieren die beiden Seiten nach unterschiedlichen Skripten: Putin und seine Landsleute orientieren sich in ihrem Denken und Handeln an den Geboten des politischen Realismus, während ihre westlichen Gegenspieler den Ideen des Liberalismus zur internationalen Politik anhängen. Die Folge ist, dass die USA und ihre Verbündeten unwissentlich eine schwerwiegende Krise um die Ukraine provoziert haben.

Schuldzuweisungen an Putin

Die meisten westlichen Politiker weisen Putin die Schuld für die missliche Lage in der Ukraine zu. Der New York Times zufolge sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel Putin im März die Vernunft ab, als sie Obama gegenüber erklärte, Putin lebe „in einer anderen Welt“. Putin hat zwar ohne Zweifel autokratische Tendenzen, doch nichts deutet auf eine Geistesstörung hin: Er ist ein erstklassiger Stratege, den jeder, der ihn außenpolitisch herausfordert, fürchten und ernst nehmen sollte.

Plausibler klingt die Erklärung anderer Beobachter, nach der Putin der alten Sowjetunion nachtrauert und ihren Untergang durch eine Ausdehnung der russischen Grenzen rückgängig machen will. Dieser Interpretation zufolge lotet Putin nach der Annexion der Krim derzeit aus, ob die Zeit für eine Okkupierung der Ukraine oder zumindest der Ostukraine reif ist, und wird er schließlich auch andere Nachbarländer Russlands ins Visier nehmen. In diesem Lager sieht manch einer Putin als modernen Adolf Hitler, und wer Abkommen mit ihm schließt, wiederholt den Fehler von München. Die NATO muss nach dieser Logik Georgien und die Ukraine aufnehmen und Russland eindämmen, ehe es seine Nachbarn beherrscht und Westeuropa bedroht.

Doch auch dieses Argument hält genauerer Betrachtung nicht stand. Wenn Putin auf die Schaffung eines Großrussland aus wäre, hätte es mit Sicherheit vor dem 22. Februar bereits Anzeichen dafür gegeben. Doch so gut wie nichts weist darauf hin, dass er damals schon eine Annektierung der Krim, geschweige denn anderer Gebiete der Ukraine im

Auge hatte. Putins Vorgehen auf der Krim scheint eine spontane Reaktion auf den Sturz Janukowitschs gewesen zu sein.

Ohnehin könnte Russland, selbst wenn es wollte, die Ostukraine nicht so ohne weiteres einnehmen und annectieren, und schon gar nicht das gesamte Land. Auch wenn Russland über eine mächtige Militärmaschinerie und eine leistungsstarke Wirtschaft verfügte, könnte es die Ukraine vermutlich nicht endgültig besetzen. Man denke nur an die Erfahrungen der Sowjetunion und der USA in Afghanistan, die der USA in Vietnam und im Irak und die der Russen in Tschetschenien, die deutlich machen, dass eine militärische Besetzung meist übel ausgeht. Putin muss bewusst sein, dass der Versuch, die Ukraine zu unterwerfen, in etwa so ist, als versuchte er ein Stachelschwein zu verschlucken. Seine Reaktion auf die dortigen Ereignisse ist bislang defensiv, nicht offensiv.

Ausweg aus dem Dilemma

Da die meisten westlichen Staatschefs nach wie vor leugnen, dass Putins Verhalten von legitimen Sicherheitsbedenken geleitet sein könnte, ist es nur folgerichtig, dass sie Russland durch eine Intensivierung ihrer bestehenden Politik zu beeinflussen und mit Strafen von weiteren Aggressionen abzuschrecken versuchen. John Kerry zufolge liegen zwar „alle Optionen auf dem Tisch“, doch weder die USA noch ihre NATO-Verbündeten sind bereit, die Ukraine unter Militäreinsatz zu verteidigen. Der Westen baut stattdessen auf Wirtschaftssanktionen, die Russland zwingen sollen, die Unterstützung des Aufstands in der Ostukraine einzustellen.

Solche Maßnahmen sind wenig effektiv. Harte Sanktionen sind vermutlich ohnehin vom Tisch. Westeuropäische Länder, insbesondere Deutschland, sehen davon ab, weil sie befürchten, dass sich Russland rächen und in der EU schweren wirtschaftlichen Schaden anrichten könnte. Doch auch wenn die USA ihre Verbündeten dazu brächten, drastische Maßnahmen zu ergreifen, würde Putin wohl nicht umlenken. Die Geschichte zeigt, dass Länder, die ihre strategischen Kerninteressen wahren wollen, auch schwerste Strafmaßnahmen hinnehmen. Warum sollte Russland eine Ausnahme von dieser Regel sein?

Zudem halten die westlichen Staatschefs ja an der provokativen Politik fest, die der Krise vorausging. Im April erklärte US-Vizepräsident Joseph Biden bei einem Treffen mit ukrainischen Abgeordneten: „Dies ist die zweite Gelegenheit, das von der Orangen Revolution gegebene Versprechen einzulösen.“ CIA-Direktor John Brennan machte die Sache nicht eben besser, als er im selben Monat Kiew einen Besuch abstattete, der nach Auskunft des Weißen Hauses eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung zum Ziel hatte.

Die EU treibt derzeit ihr Projekt der „Östlichen Partnerschaft“ voran. Im März beschrieb der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso die Haltung der EU gegenüber der Ukraine mit den Worten: „Wir stehen in der Schuld, haben eine Pflicht zur Solidarität mit diesem Land, und wir werden uns bemühen, es möglichst nah bei uns zu haben.“ Und tatsächlich unterzeichneten die EU und die Ukraine am 27. Juni das Wirtschaftsabkommen, das Janukowitsch sieben Monate zuvor so folgenreich abgelehnt hatte. Ebenfalls im Juni wurde auf einem Treffen der NATO-Außenminister vereinbart, dass die Allianz Neumitgliedern offen stehen werde; allerdings sahen die Außenminister davon ab, die Ukraine namentlich zu erwähnen. „Bei der NATO-Erweiterung hat kein Drittland ein Vetorecht“, erklärte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Die Außenminister einigten sich außerdem auf diverse Maßnahmen zur Stärkung des ukrainischen Militärs, etwa in den Bereichen Führung, Logistik und Cyberabwehr. Diese Entscheidungen haben die russische Führung natürlich abgeschreckt. Die Reaktion des Westens auf die Krise macht die Lage nur noch schlimmer.

Dabei gibt es für die Ukraine-Krise eine Lösung – für die der Westen allerdings seine Denkweise grundlegend revidieren müsste. Die USA und ihre Verbündeten müssten ihren Plan einer Verwestlichung der Ukraine aufgeben und stattdessen darauf hinarbeiten, dass das Land zu einem neutralen Pufferstaat zwischen der NATO und Russland wird, ähnlich wie Österreich im Kalten Krieg. Westliche Staatschefs müssten sich eingestehen, dass die Ukraine für Putin zu wichtig ist, als dass sie dort ein anti-russisches System unterstützen dürften. Das heißt nicht, dass die künftige ukrainische Regierung für Russland oder gegen die NATO sein müsste. Im Gegenteil sollte eine souveräne Ukraine weder im russischen noch im westlichen Lager angesiedelt sein.

Die Geschichte zeigt, dass Länder, die ihre strategischen Kerninteressen wahren wollen, auch schwerste Strafmaßnahmen hinnehmen. Warum sollte Russland eine Ausnahme von dieser Regel sein?

Um das zu erreichen, müssten die USA und ihre Verbündeten eine NATO-Erweiterung sowohl nach Georgien als auch in die Ukraine offiziell ausschließen. Der Westen sollte zudem an der Ausarbeitung eines gemeinsam von der EU, dem Internationalen Währungsfonds, Russland und den Vereinigten Staaten finanzierten wirtschaftlichen Rettungsplans für die Ukraine mitwirken – ein Vorschlag, den Moskau sicherlich begrüßen würde, da ihm an einer prosperierenden und stabilen Ukraine in der Westflanke gelegen sein muss. Zudem sollte der Westen seine Bemühungen zur Beeinflussung gesellschaftlicher Strukturen in der Ukraine deutlich zurückfahren. Eine weitere Orangene Revolution dürfte nicht aus dem Westen unterstützt werden. Dennoch sollten die politisch Verantwortlichen in den USA und Europa die Ukraine darin bestärken, die Rechte von Minderheiten zu wahren, insbesondere die Sprachenrechte russischer Muttersprachler.

Man mag einwenden, dass ein Umschwenken in der Politik gegenüber der Ukraine zu diesem späten Zeitpunkt die Glaubwürdigkeit der USA in aller Welt schwer beschädigen würde. Es ist auch zu hören, dass die Ukraine das Recht hat, selbst zu entscheiden, mit wem sie sich assoziieren möchte, und dass die Russen kein Recht haben, Kiew an einer Annäherung an den Westen zu hindern. Eine solche Sicht ihrer außenpolitischen Optionen ist für die Ukraine gefährlich. Die traurige Wahrheit ist, dass im Kontext der Großmachtpolitik Macht häufig vor Recht geht. Abstrakte Rechte wie das auf Selbstbestimmung sind weitgehend bedeutungslos, wenn mächtige Staaten mit schwächeren aneinander geraten. Hatte Kuba das Recht, im Kalten Krieg eine Militärallianz mit der Sowjetunion einzugehen? Die USA waren mit Sicherheit anderer Meinung, und ähnlich bewerten die Russen die Hinwendung der Ukraine zum Westen. Es liegt im Interesse der Ukraine, diesen Tatsachen ins Auge zu sehen und im Umgang mit dem mächtigeren Nachbarn Vorsicht walten zu lassen.

Selbst wenn man diese Beurteilung nicht teilt und die Meinung vertritt, die Ukraine habe ein Recht darauf, eine Aufnahme in die EU und die NATO anzustreben, haben die USA und ihre europäischen Verbündeten doch auch das Recht, dieses Ansinnen auszu-schlagen. Der Westen muss der Ukraine durchaus nicht entgegenkommen, wenn sie sich auf eine fehlgeleitete Außenpolitik versteift, zumal, wenn ihre Verteidigung nicht von grundlegendem Interesse ist. Den Träumen einiger Ukrainer nachzugeben, ist es nicht wert, die Feindseligkeiten und Streitigkeiten, die daraus besonders für das ukrainische Volk erwachsen, in Kauf zu nehmen.

Russland ist eine absteigende Macht und wird mit der Zeit nur noch schwächer werden. Doch auch wenn es eine aufsteigende Macht wäre, hätte es keinen Sinn, die Ukraine in die NATO einzugliedern. Der Grund dafür ist einfach: Die Ukraine zählt für die USA und ihre europäischen Verbündeten nicht zu den strategischen Kerninteressen; das belegt die

mangelnde Bereitschaft, ihr militärisch zu Hilfe zu eilen. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds in die NATO, das die anderen Mitglieder nicht zu verteidigen bereit sind, wäre jedoch der Gipfel der Torheit. Bisher wurde die NATO erweitert, weil die Allianz nach liberaler Weltsicht ihre neuen Sicherheitsgarantien nie wird einlösen müssen. Doch das jüngste russische Machtspiel belegt, dass Russland und der Westen auf Kollisionskurs geraten würden, sollte die Ukraine NATO-Mitglied werden.

Eine Fortführung der derzeitigen Politik würde auch in anderen Bereichen die Beziehungen des Westens zu Moskau belasten. Die Vereinigten Staaten brauchen die Hilfe Russlands, um ihre militärische Ausrüstung durch russisches Gebiet aus Afghanistan abzutransportieren, ein Atomabkommen mit dem Iran abzuschließen und die Lage in Syrien zu stabilisieren. Moskau hat Washington in allen drei Bereichen schon geholfen. Auch für die Eindämmung eines aufsteigenden Chinas werden die USA noch russische Unterstützung benötigen. Die derzeitige US-Politik treibt Moskau und Peking jedoch nur näher zusammen.

Die USA und ihre europäischen Verbündeten stehen in der Ukraine-Frage vor einer Entscheidung. Sie können ihre aktuelle Politik fortführen und so die Feindseligkeiten mit Russland verschärfen und die Ukraine zu Grunde richten – ein Szenario, aus dem alle Beteiligten als Verlierer hervorgehen würden. Oder sie können umsteuern und eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine anstreben, die keine Bedrohung für Russland darstellt und es dem Westen erlaubt, seine Beziehungen zu Moskau zu kitten. Mit einem solchen Ansatz würden alle Seiten gewinnen.

Dieser Beitrag erscheint zeitgleich im US-Magazin Foreign Affairs. Die deutsche Übersetzung wurde leicht gekürzt.

Von: John J. Mearsheimer

Veröffentlicht am 01.09.2014

(Obwohl wir in einigen Punkten Mearsheimers Ansichten nicht teilen, lassen wir seine Aussagen unkommentiert, weil sie einen vernünftigen Ausweg aus der Krise aufzeigen. Nachfolgend drucken wir den englischen Originaltext ab.)



Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault

The Liberal Delusions That Provoked Putin

By John J. Mearsheimer

According to the prevailing wisdom in the West, the Ukraine crisis can be blamed almost entirely on Russian aggression. Russian President Vladimir Putin, the argument goes, annexed Crimea out of a long-standing desire to resuscitate the Soviet empire, and he may eventually go after the rest of Ukraine, as well as other countries in eastern Europe. In this view, the ouster of Ukrainian President Viktor Yanukovich in February 2014 merely provided a pretext for Putin's decision to order Russian forces to seize part of Ukraine.

But this account is wrong: the United States and its European allies share most of the re-

sponsibility for the crisis. The taproot of the trouble is NATO enlargement, the central element of a larger strategy to move Ukraine out of Russia's orbit and integrate it into the West. At the same time, the EU's expansion eastward and the West's backing of the pro-democracy movement in Ukraine -- beginning with the Orange Revolution in 2004 -- were critical elements, too. Since the mid-1990s, Russian leaders have adamantly opposed NATO enlargement, and in recent years, they have made it clear that they would not stand by while their strategically important neighbor turned into a Western bastion. For Putin, the illegal overthrow of Ukraine's democratically elected and pro-Russian president -- which he rightly labeled a "coup" -- was the final straw. He responded by taking Crimea, a peninsula he feared would host a NATO naval base, and working to destabilize Ukraine until it abandoned its efforts to join the West.

Putin's pushback should have come as no surprise. After all, the West had been moving into Russia's backyard and threatening its core strategic interests, a point Putin made emphatically and repeatedly. Elites in the United States and Europe have been blindsided by events only because they subscribe to a flawed view of international politics. They tend to believe that the logic of realism holds little relevance in the twenty-first century and that Europe can be kept whole and free on the basis of such liberal principles as the rule of law, economic interdependence, and democracy.

But this grand scheme went awry in Ukraine. The crisis there shows that realpolitik remains relevant -- and states that ignore it do so at their own peril. U.S. and European leaders blundered in attempting to turn Ukraine into a Western stronghold on Russia's border. Now that the consequences have been laid bare, it would be an even greater mistake to continue this misbegotten policy.

U.S. and European leaders blundered in attempting to turn Ukraine into a Western stronghold on Russia's border.

THE WESTERN AFFRONT

As the Cold War came to a close, Soviet leaders preferred that U.S. forces remain in Europe and NATO stay intact, an arrangement they thought would keep a reunified Germany pacified. But they and their Russian successors did not want NATO to grow any larger and assumed that Western diplomats understood their concerns. The Clinton administration evidently thought otherwise, and in the mid-1990s, it began pushing for NATO to expand.

The first round of enlargement took place in 1999 and brought in the Czech Republic, Hungary, and Poland. The second occurred in 2004; it included Bulgaria, Estonia, Latvia, Lithuania, Romania, Slovakia, and Slovenia. Moscow complained bitterly from the start. During NATO's 1995 bombing campaign against the Bosnian Serbs, for example, Russian President Boris Yeltsin said, "This is the first sign of what could happen when NATO comes right up to the Russian Federation's borders. ... The flame of war could burst out across the whole of Europe." But the Russians were too weak at the time to derail NATO's eastward movement -- which, at any rate, did not look so threatening, since none of the new members shared a border with Russia, save for the tiny Baltic countries.

Then NATO began looking further east. At its April 2008 summit in Bucharest, the alliance considered admitting Georgia and Ukraine. The George W. Bush administration supported doing so, but France and Germany opposed the move for fear that it would unduly antagonize Russia. In the end, NATO's members reached a compromise: the alliance did not begin the formal process leading to membership, but it issued a statement endorsing the aspirations of Georgia and Ukraine and boldly declaring, "These countries will become members of NATO."

Moscow, however, did not see the outcome as much of a compromise. Alexander Grushko, then Russia's deputy foreign minister, said, "Georgia's and Ukraine's membership in the alliance is a huge strategic mistake which would have most serious consequences for pan-European security." Putin maintained that admitting those two countries to NATO would represent a "direct threat" to Russia. One Russian newspaper reported that Putin, while speaking with Bush, "very transparently hinted that if Ukraine was accepted into NATO, it would cease to exist."

Russia's invasion of Georgia in August 2008 should have dispelled any remaining doubts about Putin's determination to prevent Georgia and Ukraine from joining NATO. Georgian President Mikheil Saakashvili, who was deeply committed to bringing his country into NATO, had decided in the summer of 2008 to reincorporate two separatist regions, Abkhazia and South Ossetia. But Putin sought to keep Georgia weak and divided -- and out of NATO. After fighting broke out between the Georgian government and South Ossetian separatists, Russian forces took control of Abkhazia and South Ossetia. Moscow had made its point. Yet despite this clear warning, NATO never publicly abandoned its goal of bringing Georgia and Ukraine into the alliance. And NATO expansion continued marching forward, with Albania and Croatia becoming members in 2009.

The EU, too, has been marching eastward. In May 2008, it unveiled its Eastern Partnership initiative, a program to foster prosperity in such countries as Ukraine and integrate them into the EU economy. Not surprisingly, Russian leaders view the plan as hostile to their country's interests. This past February, before Yanukovich was forced from office, Russian Foreign Minister Sergey Lavrov accused the EU of trying to create a "sphere of influence" in eastern Europe. In the eyes of Russian leaders, EU expansion is a stalking horse for NATO expansion.

The West's final tool for peeling Kiev away from Moscow has been its efforts to spread Western values and promote democracy in Ukraine and other post-Soviet states, a plan that often entails funding pro-Western individuals and organizations. Victoria Nuland, the U.S. assistant secretary of state for European and Eurasian affairs, estimated in December 2013 that the United States had invested more than \$5 billion since 1991 to help Ukraine achieve "the future it deserves." As part of that effort, the U.S. government has bankrolled the National Endowment for Democracy. The nonprofit foundation has funded more than 60 projects aimed at promoting civil society in Ukraine, and the NED's president, Carl Gershman, has called that country "the biggest prize." After Yanukovich won Ukraine's presidential election in February 2010, the NED decided he was undermining its goals, and so it stepped up its efforts to support the opposition and strengthen the country's democratic institutions.

When Russian leaders look at Western social engineering in Ukraine, they worry that their country might be next. And such fears are hardly groundless. In September 2013, Gershman wrote in *The Washington Post*, "Ukraine's choice to join Europe will accelerate the demise of the ideology of Russian imperialism that Putin represents." He added: "Russians, too, face a choice, and Putin may find himself on the losing end not just in the near abroad but within Russia itself."

CREATING A CRISIS

Imagine the American outrage if China built an impressive military alliance and tried to include Canada and Mexico.

The West's triple package of policies -- NATO enlargement, EU expansion, and democracy promotion -- added fuel to a fire waiting to ignite. The spark came in November 2013,

when Yanukovich rejected a major economic deal he had been negotiating with the EU and decided to accept a \$15 billion Russian counteroffer instead. That decision gave rise to antigovernment demonstrations that escalated over the following three months and that by mid-February had led to the deaths of some one hundred protesters. Western emissaries hurriedly flew to Kiev to resolve the crisis. On February 21, the government and the opposition struck a deal that allowed Yanukovich to stay in power until new elections were held. But it immediately fell apart, and Yanukovich fled to Russia the next day. The new government in Kiev was pro-Western and anti-Russian to the core, and it contained four high-ranking members who could legitimately be labeled neofascists.

Although the full extent of U.S. involvement has not yet come to light, it is clear that Washington backed the coup. Nuland and Republican Senator John McCain participated in antigovernment demonstrations, and Geoffrey Pyatt, the U.S. ambassador to Ukraine, proclaimed after Yanukovich's toppling that it was "a day for the history books." As a leaked telephone recording revealed, Nuland had advocated regime change and wanted the Ukrainian politician Arseniy Yatsenyuk to become prime minister in the new government, which he did. No wonder Russians of all persuasions think the West played a role in Yanukovich's ouster.

For Putin, the time to act against Ukraine and the West had arrived. Shortly after February 22, he ordered Russian forces to take Crimea from Ukraine, and soon after that, he incorporated it into Russia. The task proved relatively easy, thanks to the thousands of Russian troops already stationed at a naval base in the Crimean port of Sevastopol. Crimea also made for an easy target since ethnic Russians compose roughly 60 percent of its population. Most of them wanted out of Ukraine.

Next, Putin put massive pressure on the new government in Kiev to discourage it from siding with the West against Moscow, making it clear that he would wreck Ukraine as a functioning state before he would allow it to become a Western stronghold on Russia's doorstep. Toward that end, he has provided advisers, arms, and diplomatic support to the Russian separatists in eastern Ukraine, who are pushing the country toward civil war. He has massed a large army on the Ukrainian border, threatening to invade if the government cracks down on the rebels. And he has sharply raised the price of the natural gas Russia sells to Ukraine and demanded payment for past exports. Putin is playing hardball.

THE DIAGNOSIS

Putin's actions should be easy to comprehend. A huge expanse of flat land that Napoleonic France, imperial Germany, and Nazi Germany all crossed to strike at Russia itself, Ukraine serves as a buffer state of enormous strategic importance to Russia. No Russian leader would tolerate a military alliance that was Moscow's mortal enemy until recently moving into Ukraine. Nor would any Russian leader stand idly by while the West helped install a government there that was determined to integrate Ukraine into the West.

Washington may not like Moscow's position, but it should understand the logic behind it. This is Geopolitics 101: great powers are always sensitive to potential threats near their home territory. After all, the United States does not tolerate distant great powers deploying military forces anywhere in the Western Hemisphere, much less on its borders. Imagine the outrage in Washington if China built an impressive military alliance and tried to include Canada and Mexico in it. Logic aside, Russian leaders have told their Western counterparts on many occasions that they consider NATO expansion into Georgia and Ukraine unacceptable, along with any effort to turn those countries against Russia -- a message that the 2008 Russian-Georgian war also made crystal clear.

Officials from the United States and its European allies contend that they tried hard to assuage Russian fears and that Moscow should understand that NATO has no designs on Russia. In addition to continually denying that its expansion was aimed at containing Russia, the alliance has never permanently deployed military forces in its new member states. In 2002, it even created a body called the NATO-Russia Council in an effort to foster cooperation. To further mollify Russia, the United States announced in 2009 that it would deploy its new missile defense system on warships in European waters, at least initially, rather than on Czech or Polish territory. But none of these measures worked; the Russians remained steadfastly opposed to NATO enlargement, especially into Georgia and Ukraine. And it is the Russians, not the West, who ultimately get to decide what counts as a threat to them.

To understand why the West, especially the United States, failed to understand that its Ukraine policy was laying the groundwork for a major clash with Russia, one must go back to the mid-1990s, when the Clinton administration began advocating NATO expansion. Pundits advanced a variety of arguments for and against enlargement, but there was no consensus on what to do. Most eastern European émigrés in the United States and their relatives, for example, strongly supported expansion, because they wanted NATO to protect such countries as Hungary and Poland. A few realists also favored the policy because they thought Russia still needed to be contained.

But most realists opposed expansion, in the belief that a declining great power with an aging population and a one-dimensional economy did not in fact need to be contained. And they feared that enlargement would only give Moscow an incentive to cause trouble in eastern Europe. The U.S. diplomat George Kennan articulated this perspective in a 1998 interview, shortly after the U.S. Senate approved the first round of NATO expansion. “I think the Russians will gradually react quite adversely and it will affect their policies,” he said. “I think it is a tragic mistake. There was no reason for this whatsoever. No one was threatening anyone else.”

The United States and its allies should abandon their plan to westernize Ukraine and instead aim to make it a neutral buffer.

Most liberals, on the other hand, favored enlargement, including many key members of the Clinton administration. They believed that the end of the Cold War had fundamentally transformed international politics and that a new, postnational order had replaced the realist logic that used to govern Europe. The United States was not only the “indispensable nation,” as Secretary of State Madeleine Albright put it; it was also a benign hegemon and thus unlikely to be viewed as a threat in Moscow. The aim, in essence, was to make the entire continent look like western Europe.

And so the United States and its allies sought to promote democracy in the countries of eastern Europe, increase economic interdependence among them, and embed them in international institutions. Having won the debate in the United States, liberals had little difficulty convincing their European allies to support NATO enlargement. After all, given the EU’s past achievements, Europeans were even more wedded than Americans to the idea that geopolitics no longer mattered and that an all-inclusive liberal order could maintain peace in Europe.

So thoroughly did liberals come to dominate the discourse about European security during the first decade of this century that even as the alliance adopted an open-door policy of growth, NATO expansion faced little realist opposition. The liberal worldview is now accepted dogma among U.S. officials. In March, for example, President Barack Obama delivered a speech about Ukraine in which he talked repeatedly about “the ideals” that motivate

Western policy and how those ideals “have often been threatened by an older, more traditional view of power.” Secretary of State John Kerry’s response to the Crimea crisis reflected this same perspective: “You just don’t in the twenty-first century behave in nineteenth-century fashion by invading another country on completely trumped-up pretext.”

In essence, the two sides have been operating with different playbooks: Putin and his compatriots have been thinking and acting according to realist dictates, whereas their Western counterparts have been adhering to liberal ideas about international politics. The result is that the United States and its allies unknowingly provoked a major crisis over Ukraine.

BLAME GAME

In that same 1998 interview, Kennan predicted that NATO expansion would provoke a crisis, after which the proponents of expansion would “say that we always told you that is how the Russians are.” As if on cue, most Western officials have portrayed Putin as the real culprit in the Ukraine predicament. In March, according to *The New York Times*, German Chancellor Angela Merkel implied that Putin was irrational, telling Obama that he was “in another world.” Although Putin no doubt has autocratic tendencies, no evidence supports the charge that he is mentally unbalanced. On the contrary: he is a first-class strategist who should be feared and respected by anyone challenging him on foreign policy.

Other analysts allege, more plausibly, that Putin regrets the demise of the Soviet Union and is determined to reverse it by expanding Russia’s borders. According to this interpretation, Putin, having taken Crimea, is now testing the waters to see if the time is right to conquer Ukraine, or at least its eastern part, and he will eventually behave aggressively toward other countries in Russia’s neighborhood. For some in this camp, Putin represents a modern-day Adolf Hitler, and striking any kind of deal with him would repeat the mistake of Munich. Thus, NATO must admit Georgia and Ukraine to contain Russia before it dominates its neighbors and threatens western Europe.

This argument falls apart on close inspection. If Putin were committed to creating a greater Russia, signs of his intentions would almost certainly have arisen before February 22. But there is virtually no evidence that he was bent on taking Crimea, much less any other territory in Ukraine, before that date. Even Western leaders who supported NATO expansion were not doing so out of a fear that Russia was about to use military force. Putin’s actions in Crimea took them by complete surprise and appear to have been a spontaneous reaction to Yanukovich’s ouster. Right afterward, even Putin said he opposed Crimean secession, before quickly changing his mind.

Besides, even if it wanted to, Russia lacks the capability to easily conquer and annex eastern Ukraine, much less the entire country. Roughly 15 million people -- one-third of Ukraine’s population -- live between the Dnieper River, which bisects the country, and the Russian border. An overwhelming majority of those people want to remain part of Ukraine and would surely resist a Russian occupation. Furthermore, Russia’s mediocre army, which shows few signs of turning into a modern Wehrmacht, would have little chance of pacifying all of Ukraine. Moscow is also poorly positioned to pay for a costly occupation; its weak economy would suffer even more in the face of the resulting sanctions.

But even if Russia did boast a powerful military machine and an impressive economy, it would still probably prove unable to successfully occupy Ukraine. One need only consider the Soviet and U.S. experiences in Afghanistan, the U.S. experiences in Vietnam and Iraq, and the Russian experience in Chechnya to be reminded that military occupations usually

end badly. Putin surely understands that trying to subdue Ukraine would be like swallowing a porcupine. His response to events there has been defensive, not offensive.

A WAY OUT

Given that most Western leaders continue to deny that Putin's behavior might be motivated by legitimate security concerns, it is unsurprising that they have tried to modify it by doubling down on their existing policies and have punished Russia to deter further aggression. Although Kerry has maintained that "all options are on the table," neither the United States nor its NATO allies are prepared to use force to defend Ukraine. The West is relying instead on economic sanctions to coerce Russia into ending its support for the insurrection in eastern Ukraine. In July, the United States and the EU put in place their third round of limited sanctions, targeting mainly high-level individuals closely tied to the Russian government and some high-profile banks, energy companies, and defense firms. They also threatened to unleash another, tougher round of sanctions, aimed at whole sectors of the Russian economy.

Such measures will have little effect. Harsh sanctions are likely off the table anyway; western European countries, especially Germany, have resisted imposing them for fear that Russia might retaliate and cause serious economic damage within the EU. But even if the United States could convince its allies to enact tough measures, Putin would probably not alter his decision-making. History shows that countries will absorb enormous amounts of punishment in order to protect their core strategic interests. There is no reason to think Russia represents an exception to this rule.

Western leaders have also clung to the provocative policies that precipitated the crisis in the first place. In April, U.S. Vice President Joseph Biden met with Ukrainian legislators and told them, "This is a second opportunity to make good on the original promise made by the Orange Revolution." John Brennan, the director of the CIA, did not help things when, that same month, he visited Kiev on a trip the White House said was aimed at improving security cooperation with the Ukrainian government.

The EU, meanwhile, has continued to push its Eastern Partnership. In March, José Manuel Barroso, the president of the European Commission, summarized EU thinking on Ukraine, saying, "We have a debt, a duty of solidarity with that country, and we will work to have them as close as possible to us." And sure enough, on June 27, the EU and Ukraine signed the economic agreement that Yanukovich had fatefully rejected seven months earlier. Also in June, at a meeting of NATO members' foreign ministers, it was agreed that the alliance would remain open to new members, although the foreign ministers refrained from mentioning Ukraine by name. "No third country has a veto over NATO enlargement," announced Anders Fogh Rasmussen, NATO's secretary-general. The foreign ministers also agreed to support various measures to improve Ukraine's military capabilities in such areas as command and control, logistics, and cyberdefense. Russian leaders have naturally recoiled at these actions; the West's response to the crisis will only make a bad situation worse.

There is a solution to the crisis in Ukraine, however -- although it would require the West to think about the country in a fundamentally new way. The United States and its allies should abandon their plan to westernize Ukraine and instead aim to make it a neutral buffer between NATO and Russia, akin to Austria's position during the Cold War. Western leaders should acknowledge that Ukraine matters so much to Putin that they cannot support an anti-Russian regime there. This would not mean that a future Ukrainian government would have to be pro-Russian or anti-NATO. On the contrary, the goal should be a sovereign Ukraine that falls in neither the Russian nor the Western camp.

To achieve this end, the United States and its allies should publicly rule out NATO's expansion into both Georgia and Ukraine. The West should also help fashion an economic rescue plan for Ukraine funded jointly by the EU, the International Monetary Fund, Russia, and the United States -- a proposal that Moscow should welcome, given its interest in having a prosperous and stable Ukraine on its western flank. And the West should considerably limit its social-engineering efforts inside Ukraine. It is time to put an end to Western support for another Orange Revolution. Nevertheless, U.S. and European leaders should encourage Ukraine to respect minority rights, especially the language rights of its Russian speakers.

Some may argue that changing policy toward Ukraine at this late date would seriously damage U.S. credibility around the world. There would undoubtedly be certain costs, but the costs of continuing a misguided strategy would be much greater. Furthermore, other countries are likely to respect a state that learns from its mistakes and ultimately devises a policy that deals effectively with the problem at hand. That option is clearly open to the United States.

One also hears the claim that Ukraine has the right to determine whom it wants to ally with and the Russians have no right to prevent Kiev from joining the West. This is a dangerous way for Ukraine to think about its foreign policy choices. The sad truth is that might often makes right when great-power politics are at play. Abstract rights such as self-determination are largely meaningless when powerful states get into brawls with weaker states. Did Cuba have the right to form a military alliance with the Soviet Union during the Cold War? The United States certainly did not think so, and the Russians think the same way about Ukraine joining the West. It is in Ukraine's interest to understand these facts of life and tread carefully when dealing with its more powerful neighbor.

Even if one rejects this analysis, however, and believes that Ukraine has the right to petition to join the EU and NATO, the fact remains that the United States and its European allies have the right to reject these requests. There is no reason that the West has to accommodate Ukraine if it is bent on pursuing a wrong-headed foreign policy, especially if its defense is not a vital interest. Indulging the dreams of some Ukrainians is not worth the animosity and strife it will cause, especially for the Ukrainian people.

Of course, some analysts might concede that NATO handled relations with Ukraine poorly and yet still maintain that Russia constitutes an enemy that will only grow more formidable over time -- and that the West therefore has no choice but to continue its present policy. But this viewpoint is badly mistaken. Russia is a declining power, and it will only get weaker with time. Even if Russia were a rising power, moreover, it would still make no sense to incorporate Ukraine into NATO. The reason is simple: the United States and its European allies do not consider Ukraine to be a core strategic interest, as their unwillingness to use military force to come to its aid has proved. It would therefore be the height of folly to create a new NATO member that the other members have no intention of defending. NATO has expanded in the past because liberals assumed the alliance would never have to honor its new security guarantees, but Russia's recent power play shows that granting Ukraine NATO membership could put Russia and the West on a collision course.

Sticking with the current policy would also complicate Western relations with Moscow on other issues. The United States needs Russia's assistance to withdraw U.S. equipment from Afghanistan through Russian territory, reach a nuclear agreement with Iran, and stabilize the situation in Syria. In fact, Moscow has helped Washington on all three of these issues in the past; in the summer of 2013, it was Putin who pulled Obama's chestnuts out of the fire by forging the deal under which Syria agreed to relinquish its chemical weapons,

thereby avoiding the U.S. military strike that Obama had threatened. The United States will also someday need Russia's help containing a rising China. Current U.S. policy, however, is only driving Moscow and Beijing closer together.

The United States and its European allies now face a choice on Ukraine. They can continue their current policy, which will exacerbate hostilities with Russia and devastate Ukraine in the process -- a scenario in which everyone would come out a loser. Or they can switch gears and work to create a prosperous but neutral Ukraine, one that does not threaten Russia and allows the West to repair its relations with Moscow. With that approach, all sides would win.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern